



BDI

Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.



Grundsatzpapier Entwicklungspolitik

Entwicklungspolitik 4.0 – Plädoyer
für einen Paradigmenwechsel in der
Zusammenarbeit von Staat und Industrie

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
1. Gemeinsame Ziele in der Entwicklungszusammenarbeit verwirklichen	5
Rolle der Industrie in der Entwicklungszusammenarbeit stärken	5
Innovative Finanzierungsinstrumente ausbauen und Nachhaltigkeit verankern	6
Instrumente der technischen Zusammenarbeit weiterentwickeln	8
Exkurs: Verzahnung von Entwicklungszusammenarbeit und Exportförderung	10
Exkurs: EPC-Fähigkeit der deutschen Unternehmen fördern	10
2. Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wachstum und Entwicklung schaffen	11
Wirtschaftspolitik modernisieren	11
Lokale Wirtschaft fördern	12
Exkurs: Fluchtursachen bekämpfen	14
3. Internationale Allianzen für Entwicklung nutzen	17
Die Globale Agenda für Nachhaltige Entwicklung umsetzen	17
Entwicklungszusammenarbeit international finanzieren	19
Weltbank und regionale Entwicklungsbanken nutzen	20
Handelsliberalisierung fördern	21
Exkurs: Internationale Klimapolitik	24
Impressum	26

Vorwort

Gegenwärtig erlebt Europa die größte Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg. Dies stellt nicht nur die Europäische Union, sondern auch die deutsche Innenpolitik und unsere Gesellschaft auf die Probe. Es zeigt sich: In einer globalisierten Welt ist die Exportnation Deutschland mehr denn je von Entwicklungen betroffen, die sich Tausende von Kilometern entfernt ereignen. Eine Dürre im südlichen Afrika, ein Bürgerkrieg im Nahen Osten oder Epidemien in Lateinamerika haben direkte Auswirkungen auf unser Land und unsere Wirtschaft.

Die Herausforderungen, die vor uns liegen, sind groß und nur gemeinsam lösbar. Es handelt sich nicht mehr um isolierte Probleme armer Länder. Daher bedarf es neuer Ansätze, um diese mehrdimensionalen Aufgaben zu bearbeiten. Nur durch eine enge Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene können die drängenden wirtschafts- und klimapolitischen Herausforderungen bewältigt werden.

Dabei kommt den Akteuren der Wirtschaft eine wachsende Bedeutung zu. Die 2015 auf der Weltklimakonferenz in Paris verabschiedeten Klimaziele, aber auch die Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen rufen die gesamte Weltgemeinschaft und explizit die Wirtschaft dazu auf, ihre Kompetenzen für die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit stärker einzubringen.

Die deutsche Industrie ist sich ihrer Verantwortung vor dem beschriebenen Hintergrund zunehmender globaler Problemlagen bewusst. Mehr noch: Seit vielen Jahrzehnten sind deutsche Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern präsent. Wir wollen diesen Erfahrungsschatz einbringen.

Die meisten dieser Unternehmen streben eine langfristige geschäftliche Beziehung in Entwicklungs- und Schwellenländern an: Sie kommen, um zu bleiben. Hierfür sind Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Entwicklung vonnöten, die durch Entwicklungszusammenarbeit geschaffen werden. Durch das Engagement deutscher Unternehmen in Afrika, Asien oder Lateinamerika entstehen Arbeitsplätze, die Unternehmen zahlen lokale Steuern, bilden

Fachkräfte aus und bringen neue Verfahren und Technologien ins Land. Über die Schaffung von Arbeitsplätzen hinaus, zeichnen sich Unternehmen durch hohe soziale und ökologische Standards aus. Zudem engagiert sich die deutsche Industrie in vielen Projekten aktiv für die Verbesserung der Rahmenbedingungen in Entwicklungsländern.

Ohne dieses Engagement der Wirtschaft kann die Entwicklungspolitik ihr Ziel eines nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstums nicht verwirklichen. Doch Unternehmen benötigen gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern politische Flankierung und entsprechende Rahmenbedingungen, um ihre Potenziale entfalten zu können.

Wir stehen am Anfang eines Paradigmenwechsels in der Entwicklungszusammenarbeit: Politik und Wirtschaft gehen eine Partnerschaft ein, um Wohlstand weltweit zu ermöglichen. Die Bundesregierung sollte diesen Prozess aktiv gestalten. In der Entwicklungspolitik muss die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft gleichberechtigt neben die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren rücken.

Der BDI plädiert daher dafür, die Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft weiterzuentwickeln. Mit innovativen Konzepten können mehr Unternehmen erreicht und so der privatwirtschaftliche Beitrag in der Entwicklungszusammenarbeit erhöht werden. Dies muss aus Sicht des BDI mit einer Erhöhung der Mittel für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft einhergehen. Mit einem Anteil von fünf Prozent am Gesamthaushalt des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) könnten die Rahmenbedingungen für die Einbindung von Unternehmen in die Entwicklungszusammenarbeit deutlich verbessert werden.

Mit dem vorliegenden Grundsatzpapier bringt sich der BDI erstmals umfassend in die entwicklungspolitische Debatte ein. Dieses Papier ist nicht nur ein Angebot zum Dialog an nationale und internationale Akteure, sondern auch eine Aufforderung zum gemeinsamen Handeln.



Prof. Dieter Kempf
Präsident
Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.



Dr. Stefan Mair
Mitglied der Hauptgeschäftsführung
Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.

1. Gemeinsame Ziele in der Entwicklungszusammenarbeit verwirklichen

Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit dem Ende der Finanzkrise auf Wachstumskurs: Exporte und Investitionen steigen an, die Arbeitslosigkeit sinkt. Neben einer guten Binnennachfrage ist ein weiterer Grund für diesen anhaltenden Aufwärtstrend das kontinuierliche Engagement deutscher Unternehmen in Märkten in Asien, Lateinamerika, Osteuropa und zunehmend auch in Afrika.

Die deutsche Industrie wird hierdurch zum Partner der Entwicklungszusammenarbeit. Durch ausländische Direktinvestitionen (ADI), Exporte und Investitionen vor Ort sind deutsche Unternehmen bereits vielfach in Entwicklungs- und Schwellenländern aktiv. Deutsche Unternehmen leisten durch die Schaffung von Arbeitsplätzen, den Auf- und Ausbau von Infrastruktur, Know-how- und Technologietransfer essenzielle Beiträge für Entwicklung. Viele deutsche Unternehmen gehen noch einen Schritt weiter: Inzwischen erkennen viele Entscheider in der Industrie, dass eine aktive Rolle in einem Entwicklungs- oder Schwellenland Innovationspotenziale freisetzen und ihren Erfolg über Jahre sichern kann.

In der Regel haben Unternehmen an Auslandsmärkten ein Interesse an langfristigen Investitionen und Kontinuität. Laut einer Umfrage von econsense und dem IW Köln von mittelständischen Unternehmen und multinationalen Konzernen in sieben Schwellenländern, gaben fast 65 Prozent der Befragten an, bereits zehn Jahre oder länger im Gastland vertreten zu sein. Nahezu alle Unternehmen planen eine dauerhafte Präsenz.¹

Die ambitionierten entwicklungspolitischen Ziele der Bundesregierung lassen sich nachhaltig nur in Kooperation mit privatwirtschaftlichem Engagement erreichen. Eine aktive Rolle der Politik kann wiederum viele Hürden für Unternehmen verringern. Besonders auf schwierigen Märkten tragen flankierende Maßnahmen seitens der Politik wesentlich zum Erfolg bei. Das BMZ bietet hierzu verschiedene Instrumente zur Unterstützung von Unternehmen an. Aus Sicht der Industrie kann die Einbindung von Unternehmen jedoch weiter intensiviert werden. Wir stehen erst am Anfang einer positiven Entwicklung. Eine konsequente Nutzung der jeweiligen Expertisen auf Basis ordnungspolitischer Grundsätze ist nötig, um die Potenziale der deutschen Wirtschaft im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit auszuschöpfen.

Rolle der Industrie in der Entwicklungszusammenarbeit stärken

Der Bestand deutscher Direktinvestitionen in Entwicklungsländern belief sich 2012 auf etwa 204 Milliarden Euro.² Die deutsche Wirtschaft beschäftigt in Entwicklungs- und Schwellenländern zudem eine Vielzahl von Arbeitnehmern. Das bedeutet mittelbar Einkommen und Lebensgrundlage für Millionen von Menschen. Zudem stärkt die deutsche Wirtschaft auch als Abnehmer für lokale Zulieferer und als Steuerzahler die Wirtschafts- und Finanzstruktur in ihren Gastländern.

Auch die Handelsbeziehungen deutscher Unternehmen mit Unternehmen in Entwicklungsländern sind von großer Bedeutung. Die deutschen Ausfuhren in die Entwicklungsländer der DAC-Liste³ beliefen sich 2015 auf über 281 Milliarden US-Dollar.⁴ Die Unternehmen engagieren sich zum Beispiel bei der Lieferung von dringend benötigten Investitionsgütern oder bei dem Aufbau von Infrastruktur. Darüber hinaus wurden 2015 mit jährlichen Importen in Höhe von etwa 231 Milliarden US-Dollar in Deutschland Waren aus den Entwicklungsländern nachgefragt.⁵

Über Förderprogramme des BMZ wie develoPPP hat die deutsche Wirtschaft viele Millionen Euro zur Erreichung entwicklungspolitischer Aufgaben beigesteuert. Angesichts der anhaltenden Herausforderungen in vielen Regionen der Welt muss diese Zusammenarbeit nicht nur fortgesetzt, sondern inhaltlich und budgetär ausgebaut werden. Eine Erhöhung der Ausgaben des Bundes für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft hätte eine Hebelwirkung und würde zusätzliche Mittel seitens der Privatwirtschaft für die Erreichung entwicklungspolitischer Ziele freisetzen. Zusätzlich ist es von Bedeutung, die bereits engagierten Unternehmen bei ihren Aktivitäten in Entwicklungs- und Schwellenländern angemessen zu unterstützen und weiterhin an einer Verringerung von Barrieren zu arbeiten.

¹ edition econsense. *Nachhaltigkeit durch Präsenz*. 2015. http://www.econsense.de/sites/all/files/Broschuere_IW_Koeln.pdf

² Bundesministerium der Finanzen. *Deutsche Direktinvestitionen im Ausland*. 22. September 2014. <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2014/09/Inhalte/Kapitel-3-Analyse/3-2-deutsche-direktinvestitionen-im-ausland.html>

³ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. *DAC-Liste der Entwicklungsländer und -gebiete*. https://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Ministerium/ODA/DAC_Laenderliste_Berichtsjahre_2014_2016.pdf

⁴ UNCTADSTAT. Trade matrix by product groups, exports in thousands of dollars, annual.

⁵ UNCTADSTAT. Trade matrix by product groups, imports in thousands of dollars, annual.

Forderungen

Instrumente und Haushalt des BMZ anpassen

Dem klaren Bekenntnis des BMZ zur Zusammenarbeit mit der Wirtschaft müssen Taten folgen. Die entsprechenden Instrumente müssen weiterentwickelt werden. Die Mittel zur Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sollten von derzeit unter zwei Prozent auf fünf Prozent des BMZ-Gesamthaushaltes erhöht werden.

Politische Flankierung im Ausland verbessern

Deutsche Unternehmen brauchen eine deutliche Unterstützung der Politik bei Aktivitäten in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die deutschen Botschaften sollten Unternehmen verstärkt aktiv begleiten und vernetzen. Die Anzahl der Vertretungen der deutschen Wirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern sollte deutlich erhöht werden.

Besteuierungsabkommen harmonisieren

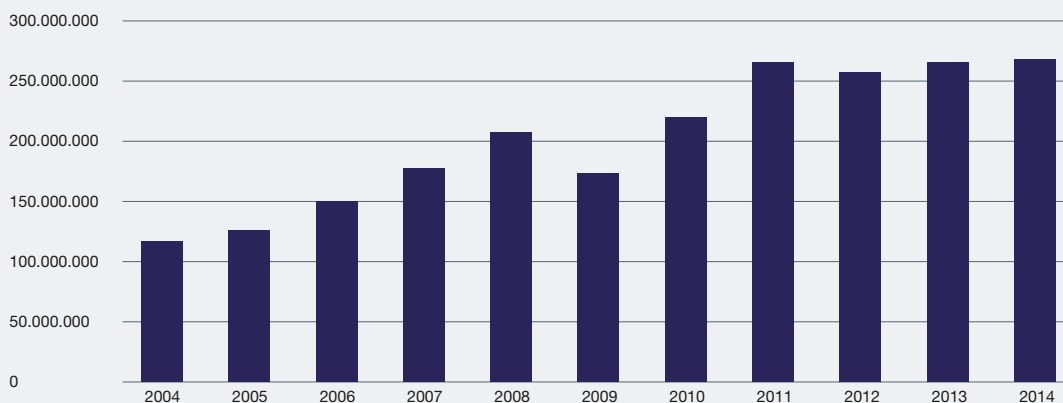
Die Bundesregierung sollte sich für klare Regeln bei der (Nicht-)Besteuerung von Lieferungen und Leistungen der deutschen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit einsetzen. Der BDI erwartet zudem, dass die Bundesregierung mit allen Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit Doppelbesteuerungsabkommen vereinbart, um Doppelbesteuerung von Firmen und deren Mitarbeitern im Ausland abzuwenden.

Innovative Finanzierungsinstrumente ausbauen und Nachhaltigkeit verankern

Ein wichtiger Bestandteil der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ist die Finanzielle Zusammenarbeit (FZ), die im Auftrag der Bundesregierung über die KfW Entwicklungsbank koordiniert wird. Die FZ hat die Aufgabe, Investitionen der Entwicklungsländer zu fördern, zum Beispiel Investitionen in das Bildungs- und Gesundheitssystem, in die Wasser- und Abwasserentsorgung, die Energiewirtschaft, den Klima- und Ressourcenschutz, die Landwirtschaft und den Finanzsektor.

Wert sämtlicher deutscher Exporte in Entwicklungsländer

(in Tausend US-Dollar)



Förderung von staatlicher Zusammenarbeit und privatwirtschaftlichen Initiativen

Die Gelder hierfür stammen aus dem Bundeshaushalt. Zunehmend mischt die KfW, um größere Volumina erreichen zu können, ihre Darlehen auch mit Geldern, die über den Kapitalmarkt erwirtschaftet wurden. Die KfW Entwicklungsbank stellte 2011 insgesamt Fördermittel in Höhe von 4,5 Milliarden Euro zur Verfügung.⁶

Eine weitere Komponente der deutschen FZ ist die Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG), eine Tochter der KfW-Bankengruppe. Sie begleitet private Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die DEG greift vor allem auf Eigenmittel zurück und nutzt in geringerem Umfang Gelder des BMZ. Finanziert werden Projekte deutscher und ausländischer Unternehmen, die einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in Entwicklungs- oder Schwellenländern leisten. Die DEG arbeitet mit Unternehmen zusammen, die mindestens ein mittleres Volumen finanzieren lassen möchten. Damit schließt die DEG zwar eine Lücke in der Landschaft der FZ, insbesondere in Risiko- oder Hochrisikoländern, bietet aber für kleine oder mittlere Unternehmen nicht das passende Produkt an.

Nachhaltigkeitskriterien als Voraussetzung für Entwicklung

Erfolgsfaktoren der deutschen Industrie im Vergleich zur internationalen Konkurrenz sind Qualität, technologische Reife, Nachhaltigkeit und Aspekte des Verbraucher- und Umweltschutzes ihrer Produkte und Dienstleistungen. Im Rahmen der FZ können deutsche Unternehmen daher immer dann besonders erfolgreich sein, wenn bei den Ausschreibungen nicht allein der Preis, sondern auch qualitative Kriterien entscheidend sind. Eine stärkere Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bei der Vergabe von Aufträgen im Rahmen der geförderten FZ-Vorhaben ist daher für die deutsche Industrie ein wichtiger Faktor der Entwicklungszusammenarbeit. In Kooperation mit der verfassten Wirtschaft hat die KfW eine sogenannte „Toolbox“ entwickelt, um eine stärkere Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien im Kontext von Vergabeverfahren in der deutschen FZ zu implementieren.

Innovative Finanzierungsinstrumente fördern

Noch ist der Anteil innovativer Instrumente am Gesamtvolumen der Entwicklungsfinanzierung eher moderat. Die innovativen Finanzierungsinstrumente werden in drei Gruppen kategorisiert: (1) Erschließung zusätzlicher öffentlicher Mittel, (2) Nutzung öffentlicher Mittel als Hebel/Katalysator für privates Kapital und (3) effizientere Nutzungsansätze in der Mittelverwendung, insbesondere durch erfolgsabhängige Finanzierungskomponenten⁷.

⁶ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. *Finanzielle Zusammenarbeit*. http://www.bmz.de/de/ministerium/wege/bilaterale_ez/zwischenstaatliche_ez/finanz_zusammenarbeit/index.html

⁷ Output Based Finance, OECD 2013

Während die Erschließung zusätzlicher öffentlicher Mittel auf der europäischen Ebene bereits in Form des „*EU Blending*“ institutionalisiert wurde, werden die Instrumente zur Nutzung öffentlicher Mittel als Hebel/Katalysator für privates Kapital zwar bereits diskutiert, aber noch kaum genutzt.

Zudem fokussiert sich die Debatte um die Mobilisierung von zusätzlichem privaten Kapital hauptsächlich auf Projekte in Form von Public-Private-Partnerships (PPP). Weit weniger Aufmerksamkeit wird der Mobilisierung von Kapital für typischerweise öffentliche Infrastrukturprojekte geschenkt. Diese Projekte sind in den Sektoren Verkehr (z. B. Straßen, Häfen, regionale Flughäfen, Eisenbahnen, Bahnhöfe), öffentliche Stromversorgung (z. B. Anschlussleitungen), Wasser und Abwasser, Bildung und Gesundheit zu finden, die allesamt wichtig für die sozio-ökonomische Entwicklung der Länder sind.

Für die Mobilisierung von privatem Kapital für die sogenannten „*nicht kommerziellen Projekte*“ im Sinne der OECD-Leitlinien zur Lieferbindung (OECD Guidance for Tied Aid) bedarf es einer Weiterentwicklung der EU Blending Agenda im Sinne eines „*Blending 2.0*“. Das bedeutet, dass die europäischen und bilateralen Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen ihre mit EU-Zuschüssen finanzierten, konzessionären Darlehen an kommerzielle Banken syndizieren könnten. Hierzu muss für die kommerzielle Tranche eine Finanzkreditdeckung einer Exportkreditversicherungsagentur zur Verfügung stehen. Auf diese Weise könnte öffentliches Kapital der Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen freigesetzt und anderweitig für wichtige Entwicklungsprojekte genutzt werden. Um die Nachhaltigkeit der im Kontext von „*Blending 2.0*“ finanzierten Projekte sicherzustellen, müssen die teilnehmenden Exportkreditversicherungsagenturen die auf OECD-Ebene verabschiedeten Regeln zur Prüfung der Umwelt- und Sozialverträglichkeit von Projekten (OECD Common Approaches) beachten.

Forderungen

Innovative Finanzierung ausbauen

Die Bundesregierung sollte mehr Wert auf innovative Instrumente zur Finanzierung von Entwicklungsvorhaben legen. Dazu gehört eine stärkere Berücksichtigung des Instrumentensets „*Innovative Finanzierung*“ und ein klares Bekenntnis zum „*Blending 2.0*“.

Mehr Orientierung am Bedarf der Kunden für KfW und DEG

Die Schlüsselakteure der FZ sollten die Stärken der deutschen Wirtschaft bei der Kreditvergabe und -begleitung stärker berücksichtigen. Aufträge, die von der KfW über FZ-Aufträge an deutsche Unternehmen erfolgt sind, müssen aktiv begleitet werden, um die Vertragstreue von Kreditempfängern zu gewährleisten. Nachhaltigkeitskriterien sollten in allen Phasen des Projektzyklus eines FZ-Vorhabens berücksichtigt werden, um die Stärken der deutschen Wirtschaft in Punkto Qualität und Umweltschutz zur Geltung zu bringen. Mittelständische Unternehmen sollten besseren Zugang zur FZ erhalten, um ihre Produkte und Dienstleistungen für Entwicklungsländer nutzbarer machen zu können.

Instrumente der technischen Zusammenarbeit weiterentwickeln

Eine weitere Möglichkeit Unternehmen bei Projekten zu unterstützen, die im Sinne der entwicklungspolitischen Ziele wirken, ist das Instrumentenset der Technischen Zusammenarbeit (TZ) zur Kooperation mit der Wirtschaft. Die Bundesregierung hat hier in den vergangenen Jahren bereits wichtige Meilensteine erreicht, um den Privatsektor in seinen Bemühungen für ökologisch und gesellschaftlich positive Effekte zu unterstützen. Neben dem Public-Private-Partnership-Programm developPPP sind hier beispielsweise die Angebote der DEG aus dem Bereich der Förderungen, das EZ-Scout Programm und das ExperTS-Programm des BMZ zu nennen.

Begrüßenswert sind auch neue Initiativen wie das Programm „*Digitales Afrika*“, das Unternehmen der IT-Branche unterstützt, zukunftsweisende Projekte mit entwicklungspolitischem Hebel zu etablieren. In der Praxis lässt sich beobachten, dass Programme, die unternehmerische Mechanismen mit entwicklungspolitischen Inhalten verbinden, von Unternehmen am besten angenommen werden und zu erfolgreichen Projekten im Sinne aller führen. Eine weitere Initiative ist das Programm „*Scaling up*“ der DEG bei dem innovative Geschäftsmodelle oder Produkte mit Hilfe eines Darlehens und Venture Capital auf Märkte in Entwicklungsländern gebracht werden sollen.

„DeveloPPP“ bietet die Chance, das unternehmerische Umfeld in einem Land aktiv zu gestalten und gleichzeitig die Förderung des BMZ in Anspruch zu nehmen. Inzwischen sind mehr als 1650 solcher Entwicklungs-PPPs in rund 70 Ländern durchgeführt worden. Trotz dieser sinnvollen Angebote ist aus Sicht der Industrie noch viel Platz im Instrumentenkasten für neue Ansätze und Ideen.

Insbesondere für den Mittelstand bedarf es entwicklungspolitischer Förderinstrumente, die sich in ihrer Logik an der Vorgehensweise von Unternehmen orientieren. Eine intensivere Unterstützung bei der Kontaktaufnahme und Anbahnung wäre vor allem im Sinne mittelständischer Unternehmen. In vielen Ländern Subsahara-Afrikas gibt es keine Begleitstrukturen für deutsche Unternehmer. So wie gegenwärtig die EZ-Scouts des BMZ an rund 25 Einrichtungen der verfassten Wirtschaft Unternehmen beraten, könnten auch in ausgewählten Ländern Afrikas oder Asiens Berater des BMZ Unternehmen begleiten, die unternehmerische und entwicklungspolitische Ziele vereinbaren möchten. Die Kontaktaufnahme mit potenziellen Partnern in Entwicklungsländern könnte im Rahmen von Messen oder anderen Veranstaltungen durch ein Programm gefördert werden, das den Vertretern aus dem Ausland die Teilnahme und Vernetzung in Deutschland ermöglicht.

Forderungen

Instrumente zur Zusammenarbeit der Wirtschaft weiterentwickeln

Deutsche Unternehmen sollten stärker in die Arbeit des BMZ eingebunden werden. Eine Überarbeitung der bestehenden Instrumente und Erweiterung des Angebots wäre hierfür die richtige Grundlage. Insbesondere mit Blick auf den Mittelstand wären passgenaue Mechanismen im Bereich Finanzierung, aber auch Kontaktaufnahme und Information sinnvoll. Die Privatwirtschaft sollte an der Weiterentwicklung der Instrumente inhaltlich beteiligt sein.

Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit zusammen denken

Es gibt eine Schnittmenge zwischen der Entwicklungszusammenarbeit mit der Wirtschaft und der Außenwirtschaftsförderung. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit bietet der Bund eine Reihe von Förderinstrumenten, um deutsche Unternehmen im Sinne entwicklungspolitischer Ziele bei Geschäften in Entwicklungs- und Schwellenländern zu unterstützen. Umgekehrt leisten Firmen in vielen Ländern einen Beitrag zur Entwicklung. Die Schaffung von Arbeitsplätzen, der Know-how-Transfer und Aufbau nachhaltiger privatwirtschaftlicher Strukturen durch deutsche Unternehmen stellen einen klaren Beitrag zur Entwicklung vor Ort dar.

Ein „Benchmarking“ mit den entsprechenden Instrumentarien der wichtigsten asiatischen Wettbewerber, insbesondere aus Japan und Südkorea, macht deutlich, dass in Deutschland auf diesem Gebiet Nachholbedarf besteht. Dabei ist neben den klassischen EZ-Instrumenten auch die Außenwirtschaftsförderung angesprochen. Hier können die verschiedenen Instrumente intelligent kombiniert werden, sodass ein klarer Mehrwert für die Entwicklungspolitik, aber auch für Unternehmen entsteht. Ein Beispiel hierfür ist die bereits erwähnte Beratung von Unternehmen durch Experten des BMZ in schwierigen Märkten. Ein solches Angebot würde eine pragmatische Kooperation zwischen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und dem Netz der Auslands-handelskammern bedeuten.

Forderungen

Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung stärker verzahnen

Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit haben viele Berührungspunkte, die noch nicht optimal aufeinander abgestimmt sind. Durch eine verbesserte, ressortübergreifende Abstimmung kann hier viel gewonnen werden.

Exkurs:**Verzahnung von Entwicklungszusammenarbeit und Exportförderung**

Die Exportkreditgarantien des Bundes bieten vor allem Deckungen in Schwellen- und Entwicklungsländern an, dort wo der private Versicherungsmarkt aufgrund des hohen Risikos keine Absicherung anbietet. 2016 wurden Exporte in Höhe von 20,6 Milliarden Euro abgesichert, davon entfielen 82,6 Prozent der Deckungen auf Exporte in Schwellen- und Entwicklungsländer. Ohne Hermesdeckung wären zahlreiche Exporte in diese Länder nicht zustande gekommen.⁸

Exportkreditgarantien können somit trotz des Primats der Außenwirtschaftsförderung einen entwicklungspolitischen Beitrag leisten. Mit ihrer Hilfe erhalten Entwicklungs- und Schwellenländer grundsätzlich die Möglichkeit, neueste Technologie aus den Industrieländern zu importieren, Infrastrukturprojekte zu finanzieren und durchzuführen und damit die Basis für ihre wirtschaftliche Entwicklung zu legen.⁹ So entfielen zum Beispiel 2016 3,3 Prozent der Absicherungen am gesamten Deckungsvolumen auf Exporte im Bereich Infrastruktur und 18,4 Prozent auf Exporte im Energiesektor.¹⁰ Der Zugang zu Energie und die Errichtung von Infrastrukturen werden als wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und Armutsreduktion gesehen.

Im System der Hermesdeckung muss darauf geachtet werden, dass die Partizipation der deutschen Wirtschaft insbesondere bei Infrastrukturprojekten möglich ist. Lange war in Afrika die Deckungspolitik für staatliche Abnehmer, wie sie bei Infrastruktur üblich ist, gesperrt. Jetzt gibt es solche Deckungsmöglichkeiten nur bei erhöhtem Selbstbehalt, hier besteht weiterhin Nachbesserungsbedarf. Zudem sollte der Bund über die KfW-Entwicklungsbank projektbezogene Zusatzinvestitionen finanzieren, falls das Projekt mit deutschen Exporteuren und Hermesdeckung realisiert wird.

Exkurs:**EPC-Fähigkeit der deutschen Unternehmen fördern**

Die deutsche Industrie legt mit der weltweiten Errichtung fortschrittlicher Infrastrukturen die Grundlage für zukünftige Handelsbeziehungen und Exporte. Die sogenannte „*Engineering, Procurement, Construction*“ (EPC)-Fähigkeit deutscher Unternehmen gerät allerdings durch veränderte Rahmenbedingungen in der Finanzierung, Erwartungen nach Leistungspaketen aus einer Hand und einer steigenden Anzahl internationaler Wettbewerber unter Druck.

Im Zuge strikter Regulierungen des Finanzsektors wird die Finanzierung langfristiger Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern durch Banken erschwert. Auftraggeber (Regierungen im Ausland) verlangen darüber hinaus von EPC-Anbietern vollständige Leistungspakete, inklusive Finanzierungskonzept. Der EPC-Markt hat sich somit zu einem Käufermarkt entwickelt, in dem sich die Auftraggeber durch das gestiegene Angebot neuer internationaler Wettbewerber mehr Marktmacht verschaffen. In Ausschreibungsbedingungen werden beispielsweise staatliche Lokalisierungsquoten und Zulieferer festgelegt, die von den EPC-Anbietern in der Form akzeptiert werden müssen. Die Stärkung der deutschen EPC-Fähigkeit ist deshalb eine maßgebliche Voraussetzung für ein stärkeres Engagement deutscher Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Zur Stärkung der EPC-Fähigkeit deutscher Unternehmen sollte die Politik prioritär die Erweiterung der staatlichen Exportunterstützung auf EPC-Fähigkeit und ein verstärktes gemeinsames Auftreten von Politik und Industrie im Ausland vorantreiben. Auch der Aufbau einer digitalen Kooperationsplattform und eines Kompetenzzentrums digitale Projektabwicklung, werden von der deutschen Industrie unterstützt.

⁸ AGA-Portal. Exportkreditgarantien der Bundesrepublik Deutschland, Jahresbericht 2016. S. 58 f. http://www.agaportal.de/_Resources/Persistent/ab8341cd0c7924bec4a62a64caad0b6d02fd66b9/jb_2016.pdf

⁹ Ibid, S. 62

¹⁰ Ibid, S. 66.

2. Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wachstum und Entwicklung schaffen

Eine prosperierende Wirtschaft ist die Grundlage für Wachstum und Wohlstand. Insbesondere für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist es von großer Bedeutung, ob der Staat den ordnungspolitischen Herausforderungen gerecht wird.

Primär ist es Aufgabe der nationalen Regierungen, Rahmenbedingungen für mehr Handel, privatwirtschaftliches Engagement sowie Bildung und Ausbildung zu schaffen. Die Entwicklungszusammenarbeit kann beim Aufbau von Strukturen unterstützen.

Wirtschaftspolitik modernisieren

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Handeln in Entwicklungs- und Schwellenländern bleibt für deutsche Unternehmen einer der wichtigsten Entscheidungsfaktoren für oder gegen ein verstärktes Engagement.

Fragen des Aufbaus stabiler marktwirtschaftlicher Strukturen, der Gewährung von Rechtssicherheit, der Eindämmung von Korruption und der Einhaltung von Menschenrechten sind Beispiele für Aufgaben, bei denen die Regierungen vieler Entwicklungsländer entschlossener voranschreiten müssen und die deutsche Entwicklungszusammenarbeit aktiv unterstützen kann. Gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen heißt, dass Unternehmen diese Aktivitäten im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen.

Reformen, bei denen viele Länder im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen Fortschritte gemacht haben, schaffen wesentliche Voraussetzungen für die Entstehung eines effizienten Privatsektors. So zeigt die Weltbank, dass zwischen der Implementierung solcher wachstumsfreundlicher Politiken und der Einkommensentwicklung der ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung eine eindeutige positive Korrelation besteht.¹¹

Infrastruktur verbessern

Ein gut ausgebautes Infrastrukturnetz und der Zugang zu Energie sind mit die wichtigsten Voraussetzungen für erfolgreiches Wirtschaften. Ein effizientes Transportwesen ermöglicht es Unternehmen, ihre Güter und Dienstleistungen schnell und sicher an die Märkte zu bringen; eine zuverlässige Stromversorgung gewährleistet, dass Unternehmen ungehindert arbeiten können; und

ein solides Telekommunikationsnetzwerk sichert einen schnellen Datenfluss.

Die meisten Entwicklungs- und Schwellenländer leiden allerdings an einem ausgeprägten Infrastrukturdefizit. Insbesondere ausländische Investoren schrecken vor Markteintritten zurück, wenn vor Ort keine ausreichende Infrastruktur vorhanden ist. Dies wird insbesondere am Beispiel Subsahara-Afrika deutlich. Laut einer Unternehmensumfrage der Weltbank identifizierten 26,9 Prozent der befragten Unternehmen einen unzureichenden Ausbau der Infrastruktur und 49,2 Prozent eine ungenügende Stromversorgung als die Haupthemmnisse für ihr Geschäft in Subsahara-Afrika.¹²

Ohne eine angemessene Infrastruktur wird es Entwicklungsländern nicht gelingen, dauerhaftes Wirtschaftswachstum zu erzielen und sich in die Weltwirtschaft zu integrieren. Schätzungen der Weltbank zufolge reduziert die unzureichende Infrastruktur das jährliche Wirtschaftswachstum Afrikas um mindestens zwei Prozent. Mit geeigneter Infrastruktur könnten lokale Firmen Produktivitätssteigerungen von bis zu 40 Prozent erzielen.¹³

Korruption verhindert Wachstum

2013 bezeichnete der Präsident der Weltbankgruppe, Jim Yong Kim, Korruption als „*public enemy number one in developing countries*“.¹⁴ Die Weltbank schätzt die jährlichen Schäden durch Korruption weltweit auf ein bis vier Billionen US-Dollar oder zwölf Prozent der weltweiten Bruttowirtschaftsleistung. Wo die Korruption floriert, gehen private Investitionen zurück, sinkt das Wirtschaftswachstum, steigen die Kosten für Geschäftstätigkeiten und droht schlussendlich politische Instabilität.¹⁵

¹¹ DIE. *Privatwirtschaftsförderung für Beschäftigung und Armutsminderung – eine zentrale Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit*. 2000. https://www.die-gdi.de/uploads/media/4_2000_DE.pdf

¹² World Economic Forum. *The Africa Competitiveness Report 2013*. 2013. S. 13. http://www3.weforum.org/docs/WEF_Africa_Competitiveness_Report_2013.pdf

¹³ World Economic Forum. *The Africa Competitiveness Report 2013*. 2013. S. 69. http://www3.weforum.org/docs/WEF_Africa_Competitiveness_Report_2013.pdf

¹⁴ The World Bank Group. *Corruption is „Public Enemy Number One“ in Developing Countries, says World Bank Group President Kim*. 19. Dezember 2013. <http://www.worldbank.org/en/news/press-release/2013/12/19/corruption-developing-countries-world-bank-group-president-kim>

¹⁵ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. *Korruption hemmt Entwicklung*. <http://www.bmz.de/de/themen/korruption/index.html>

Allianz für Integrität

Im Rahmen des Arbeitsprogramms zum zehnten Prinzip (Anti-Korruption) des Deutschen Global Compact Netzwerks entstand Ende 2013 die Multistakeholder-Initiative „Allianz für Integrität“ (Afln). Das Projekt wird mit Mitteln des BMZ gefördert. Beteiligt sind multinationale Unternehmen, die Zivilgesellschaft, politische Organisationen und internationale Institutionen. Ziel der Afln ist die Förderung integren Verhaltens bei Unternehmen, ihren Geschäftspartnern und weiteren relevanten Akteuren im Wirtschaftssystem. Die Afln versteht sich als Lern- und Umsetzungsnetzwerk, das Unternehmen und Regierungen in Partnerländern dabei unterstützt, gemeinsam Korruptionsrisiken zu reduzieren.

Forderungen

Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern

Eine moderne Wirtschaftspolitik, die sich an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft orientiert sowie wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen sind die Grundlagen für Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Beratung der Partnerländer durch die Bundesregierung sollte einen Schwerpunkt auf diesen Aspekt legen. Hinzu muss ein gezielter Ausbau der technischen und sozialen Infrastruktur kommen, bei dem die deutsche Industrie mit ihren Erfahrungen einzubinden ist.

Lokale Wirtschaft fördern

Die Entwicklung des Privatsektors ist ein wichtiger Hebel zur Armutsminderung, generiert Einkommen und erhöht den Lebensstandard. Unternehmen schaffen Beschäftigung und Einkommen, Zugang zu Gütern und Dienstleistungen und realisieren mit ihren Steuerzahlungen die Voraussetzung für eine handlungsfähige öffentliche Hand.

Förderung von Klein- und Mittelständischen Unternehmen

Bei der Schaffung von Einkommen und Beschäftigung spielen kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) eine besonders wichtige Rolle. Der Mittelstand ist durch familiäre Strukturen an langfristigen und nachhaltigen Beziehungen zu Beschäftigten, Lieferanten und Kunden interessiert. Der Mittelstand spielt damit eine entscheidende Rolle in einer modernen und zukunfts-gewandten Wirtschaft und Gesellschaft.

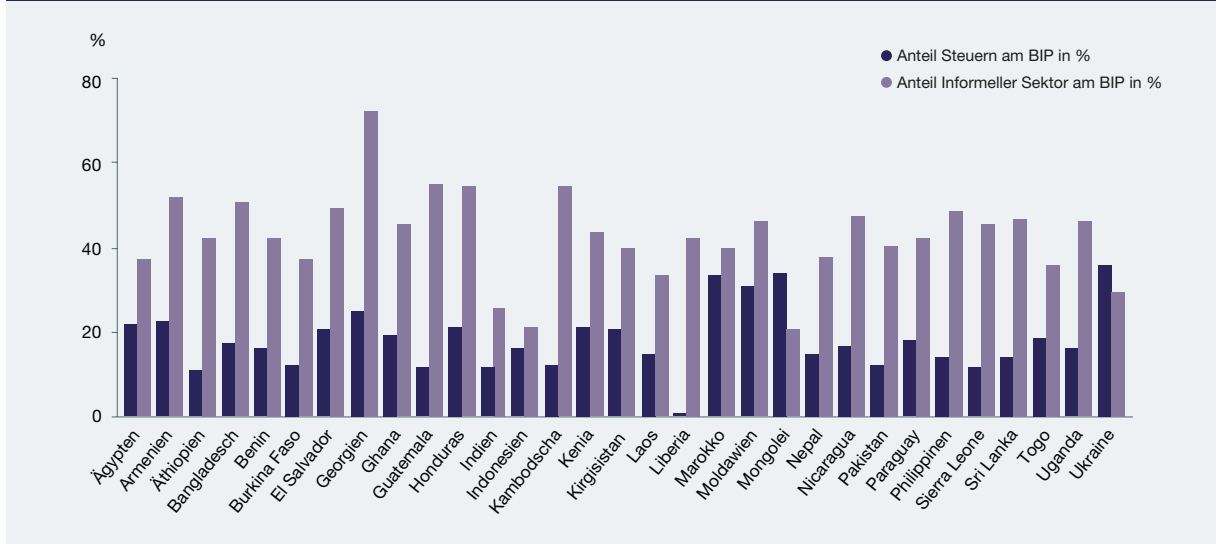
Führende Industrieländer zeigen, dass kleine und mittlere Unternehmen nicht nur ein Beschäftigungsmotor sind, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Branche erhöhen. KMU schaffen den Großteil der Arbeitsplätze und sind ein wesentlicher Träger von Wohlstand, Stabilität und wirtschaftlichem Wachstum. Durch die Entstehung eines dynamischen KMU-Sektors kommt es zudem zu einer allmählichen Überführung des informellen Sektors in wirtschaftlich stabilere Strukturen.

Stärkung von Konsortialprojekten

Deutsche Unternehmen verzeichnen zunehmend einen rückläufigen Auftragseingang bei Konsortialprojekten. Beispiele hierfür sind komplexe Infrastrukturprojekte wie der Bau von Flughäfen, Staudämmen und Brücken. Veränderte Rahmenbedingungen in der Finanzierung, Erwartungen nach Leistungspaketen aus einer Hand und eine steigende Anzahl internationaler Wettbewerber sind die Hauptgründe dafür. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen EPC-Anbieter ist gefährdet und muss gestärkt werden.

Insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern leisten deutsche Unternehmen mit der Durchführung von strategischen Großprojekten einen wichtigen entwicklungspolitischen Beitrag. Durch den Infrastrukturausbau kann die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes durch die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts angekurbelt werden.

Verhältnis von Steuern und informellem Sektor in Ländern mit niedrigem Einkommen



Quelle: World Bank (2013).



Informeller Sektor

In Entwicklungs- und Schwellenländern ist insbesondere der informelle Sektor stark ausgeprägt. So haben zum Beispiel neun von zehn Arbeitnehmern in Subsahara-Afrika Arbeitsplätze im informellen Sektor.¹⁶ Damit trägt der informelle Sektor nach Schätzungen der Weltbank zwischen 25 und 40 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt in Entwicklungsländern in Asien und Afrika bei.¹⁷

Die Attraktivität des informellen Sektors ergibt sich aus den Möglichkeiten, die er gerade den Ärmsten, Frauen und Jugendlichen bietet. Auch wenn der informelle Sektor Chancen für Einkommen schafft, handelt es sich meist um prekäre Arbeitsverhältnisse ohne jegliche soziale Absicherung.

Ein Grund für die starke Ausprägung des informellen Sektors sind mitunter die hohen Kosten und administrativen Hürden für die Formalisierung von Klein- und Kleinstbetrieben. Entwicklungs- und Schwellenländer geben in vielen Fällen nicht genug Anreize für eine

Legalisierung. Die Aktivitäten im informellen Sektor werden meist nicht versteuert. Diese Einnahmen fehlen den Staaten, um zum Beispiel in Infrastrukturprogramme oder Bildung zu investieren. Darüber hinaus ist kleinen informellen Betrieben meist der Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten versperrt, sodass Investitionen nicht vorgenommen werden und potenzielle Wachstumsmöglichkeiten sich nicht realisieren lassen.¹⁸ Hierbei geht eine mögliche Innovationskraft verloren, von der auch internationale Partner und Unternehmen profitieren könnten.

Bildung und Fachkräfteausbildung

Das hohe Bevölkerungswachstum in Entwicklungs- und Schwellenländern bringt große Herausforderungen für den Arbeitsmarkt mit sich. Obwohl die Wirtschaft in vielen dieser Länder beachtlich wächst, steigt die Zahl der Arbeitsplätze nicht im gleichen Umfang. Im Durchschnitt sind 28 Prozent der Bevölkerung in Entwicklungsländern unter 15 Jahre alt.¹⁹ Die Bevölkerung von aktuell etwa sieben Milliarden Menschen wird bis 2050

¹⁶ Africa Development Bank Group. *Recognizing Africa's Informal Sector*. 27. März 2013. <http://www.afdb.org/en/blogs/afdb-championing-inclusive-growth-across-africa/post/recognizing-africas-informal-sector-11645/>

¹⁷ The World Bank. *Workers in the Informal Economy*. 2013. <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/TOPICS/EXTSOCIALPROTECTION/EXTLM/0,,contentMDK:20224904~menuPK:584866~pagePK:148956~piPK:216618~theSitePK:390615,00.html>

¹⁸ The CAGE-Chatham House Series. *Registering for Growth: Tax and the Informal Sector in Developing Countries*. 2013. Nr. 7. http://www2.warwick.ac.uk/fac/soc/economics/research/centres/cage/onlinepublications/briefing/chj854_cage_woodruff_bp_09_07_13_web.pdf

¹⁹ Zum Vergleich: In den Industriestaaten sind 16 Prozent der Bevölkerung unter 15 Jahre. Derzeit leben 1,25 Milliarden Menschen in Industrieländern, bis 2050 wird sich die Anzahl deren Einwohner nur geringfügig auf 1,3 Milliarden Menschen erhöhen.

auf über zehn Milliarden Menschen ansteigen. Bereits heute sind 60 Prozent der Jugendlichen in den ärmsten Ländern arbeitslos oder finden nur eine Anstellung im informellen Sektor.²⁰ Die Konstellation aus einer wachsenden Bevölkerung und Arbeitslosigkeit birgt bereits heute großes Konfliktpotenzial.

Um die demografische Entwicklung nachhaltig zu nutzen, muss daher verstärkt in Bildung und Ausbildung von Fachkräften investiert werden. Es gilt sicherzustellen, dass die wachsende Bevölkerungszahl mit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung einhergeht, um den Menschen vor Ort einen angemessenen Lebensstandard, Beschäftigung und Perspektiven zu bieten.

Deutschland kann unter anderem mit seinen Erfahrungen im dualen Ausbildungssystem einen wichtigen Beitrag leisten, um die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Entwicklungs- und Schwellenländern bei der Arbeitsmarktorientierung und der beruflichen Bildung zu stärken – auch zur Deckung des Bedarfs deutscher Unternehmen an qualifizierten Fachkräften.

Forderungen

KMU fördern

Kleine und mittelständische Unternehmen sind ein Beschäftigungsmotor. Daher sollten insbesondere Anreize für Unternehmensgründungen und Legalisierung von informellen Betrieben geschaffen werden.

Arbeitsmarktpolitik und berufliche Bildung müssen in den Fokus rücken

Die Programme der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sollten weltweit einen Schwerpunkt darauf legen, die junge Bevölkerung in Entwicklungs- und Schwellenländern in Arbeit zu bringen. Eine moderne Arbeitsmarktpolitik, die Transformation des informellen Sektors und eine arbeitsmarktorientierte berufliche Bildung muss daher Kernelement der Privatwirtschaftsförderung des BMZ sein.

Exkurs:

Fluchtursachen bekämpfen

2016 sind mehr als eine Million Menschen vor Armut und Krieg nach Deutschland geflohen. Diese Zahl bedeutet eine Steigerung um 70 Prozent gegenüber dem Vorjahr, bildet aber dennoch nur einen kleinen Ausschnitt der internationalen Fluchtbewegung ab.

Weltweit befinden sich derzeit rund 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Neben Syrien, dem Irak und Afghanistan zählen der Sudan, Kongo und die Zentralafrikanische Republik weltweit zu den Hauptherkunftsländern von Flüchtlingen. Ein Großteil der Flüchtenden, ca. 84 Prozent, bleibt in der Herkunftsregion, findet in oft selbst mit Problemen behafteten Nachbarländern Zuflucht und belastet damit das fragile Gleichgewicht in diesen Entwicklungsländern.

Das Leben in den Flüchtlingslagern bietet wenig Perspektiven, die Versorgungssituation ist prekär und gerade Kinder und Jugendliche wachsen ohne Chance auf eine gute Schulbildung oder Arbeit heran. Das Resultat könnten weitere Fluchtwellen nach Europa sein, aber auch eine Radikalisierung junger Menschen, die keinen selbstbestimmten Platz im Leben finden.

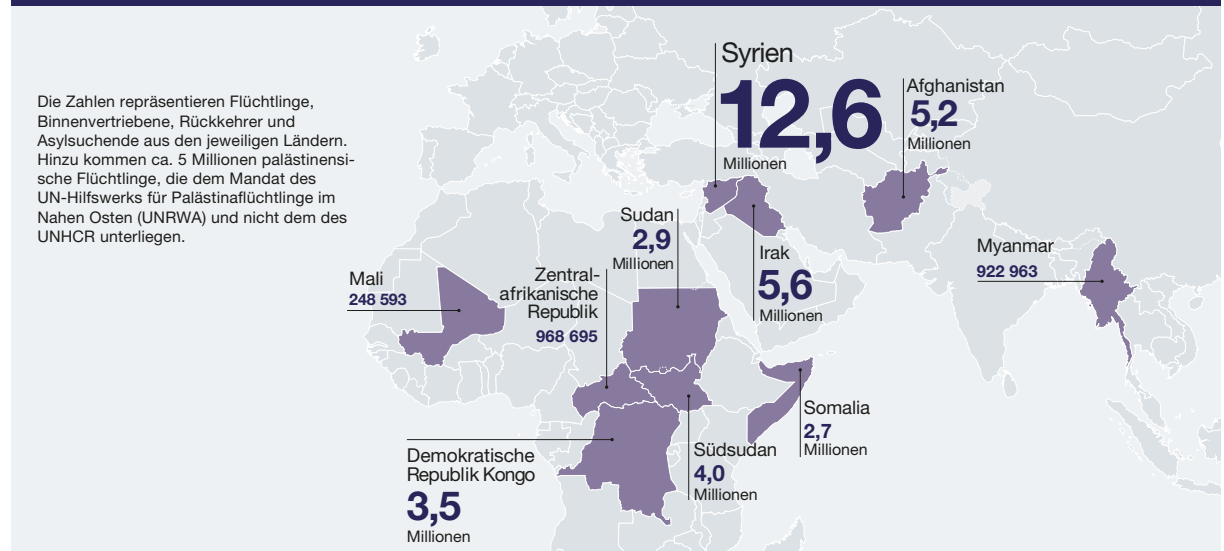
Eine Verbesserung der Lebenssituation in den Herkunftsländern der Flüchtlinge ist ein großes Unterfangen, bei dem Anstrengungen und finanzielle Mittel von vielen Seiten nötig sind. Gleichzeitig ist Handlungsbedarf dringend notwendig, denn eine anhaltende Flüchtlingswelle bedeutet nicht nur zahlreiche Einzelschicksale, sondern auch eine Gefahr für die Stabilität und Sicherheit in den Aufnahmeländern, nicht zuletzt die der Europäischen Union.

Die Bundesregierung reagiert mit einer Aufstockung des Haushaltes für Entwicklungs- und Außenpolitik auf die Situation. Neben mehr finanzieller Unterstützung werden auch neue Konzepte und Partnerschaften vonnöten sein, um in Ländern mit komplexen Problemlagen eine Verbesserung der Lebensbedingungen zu erreichen.

Neben einer intensivierten Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern in denen eine Kooperation möglich ist, müssen die Länder unterstützt werden, die viele Binnen- oder Regionalflüchtlinge aufnehmen. Die deutsche und europäische Politik sollte sich vor allem für stabile Rahmenbedingungen einsetzen und verhindern, dass kein Geld in korrupte Kanäle fließt. Diese Länder können

²⁰ ILO. *Informal, poorly paid and unemployed: The reality of work for most youth in developing countries*. 8. Mai 2013. http://www.ilo.org/global/about-the-ilo/newsroom/news/WCMS_212917/lang-en/index.htm

Die Länder mit den höchsten Flüchtlingszahlen weltweit



Quelle: UNHCR, Global Trends, Forced Displacement in 2016, S. 66 ff.



bedeutsame wirtschaftliche und politische Umbruch auf ihre Nachbarn haben. Armutsbekämpfung in diesen Ländern ist deswegen weiterhin erforderlich und kann aufgrund der oftmals guten Voraussetzungen für die Entwicklung des Privatsektors auch besonders erfolgreich sein. Gerade in den Schwellenländern bieten sich vielfältige Möglichkeiten für Public-Private-Partnerships.

Deutsche Unternehmen sind im Rahmen des Möglichen bereit, einen Beitrag zur Bekämpfung der Fluchtursachen zu leisten. Die Unternehmen brauchen politische Flankierung und Anreize, um hier das Potenzial

zu entfalten. Das Instrumentarium der Politik zur Förderung unternehmerischen Engagements in Herkunftsländern ist ausbaufähig und sollte angesichts der aktuellen Lage auf den Prüfstand gestellt werden.

Ein weiterer Bereich ist die Integration von Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt mit dem Ziel, ihnen eine solide Ausbildung zu ermöglichen. Diese kann später im Fall einer Rückkehr in das Herkunftsland nicht nur die Existenzgrundlage sichern, sondern auch ein Beitrag zum wirtschaftlichen Aufbau sein. Die deutsche Wirtschaft kann in vielen Bereichen Arbeitskräfte integrieren.

Die Entwicklungszusammenarbeit braucht privatwirtschaftliches Engagement, um Entwicklung nachhaltig zu gestalten. Nur durch eine enge Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene können die drängenden wirtschafts- und klimapolitischen Herausforderungen bewältigt werden.



3. Internationale Allianzen für Entwicklung nutzen

Internationale Organisationen sind wichtige Akteure der Entwicklungszusammenarbeit. Sie schaffen den Rahmen für entwicklungspolitische Grundsätze und die Entwicklung internationaler Standards. Deutschland ist Mitglied in einer Vielzahl von Internationalen Organisationen, wie zum Beispiel der UN, der WTO sowie der Weltbankgruppe²¹. Die Bundesrepublik unterstützt diese Organisationen sowohl finanziell als auch personell und beteiligt sich aktiv an der Erarbeitung von Strategien, der Gestaltung ihrer Programme und an der Erreichung von Zielen.

Unternehmen, die in Entwicklungs- und Schwellenländern agieren, sind an die gesetzten Standards und Richtlinien gebunden. Daher ist es von Interesse für die deutsche Industrie, internationale Rahmenbedingungen in der Entwicklungszusammenarbeit möglichst mitzugestalten. Erfolgreiche Geschäftstätigkeit und ein sinnvoller Beitrag zur Entwicklung des ökonomischen, sozialen und ökologischen Umfelds sind kein Widerspruch. Im Gegenteil: Gestaltet ein Unternehmen sein Umfeld an einem neuen Investitionsstandort aktiv mit, ergeben sich oft positive Auswirkungen für das Kerngeschäft.

Aktuell gibt es eine Reihe von internationalen Prozessen, an deren Mitgestaltung die deutsche Wirtschaft großes

Interesse hat. Neben der Agenda für Nachhaltige Entwicklung ist die Umsetzung des Abkommens zur Handelserleichterung der WTO zu nennen. Eine Einbindung der Wirtschaft bei der Ausgestaltung bedeutet nicht nur, dass deutsche Unternehmen international wettbewerbsfähig bleiben, sondern auch, dass sie einen signifikanten Beitrag zur Entwicklung leisten können.

Die Globale Agenda für Nachhaltige Entwicklung umsetzen

Es ist das wohl ehrgeizigste Projekt der internationalen Gemeinschaft zur Entwicklung: Die Globale Agenda für Nachhaltige Entwicklung. Im September 2015 im Beisein von über 150 Regierungschefs verabschiedet, soll sie die Arbeit aller Akteure auf Gebieten wie Armutsbekämpfung, Bildung, Gesundheit und Infrastruktur anleiten.

Die neue Agenda der „Sustainable Development Goals“ (SDGs) geht dabei sehr viel weiter als die Millenniums-Entwicklungsziele, die sie ablöst: Es handelt sich um die Vision einer Welt ohne Hunger, Ungleichheit und Umweltverschmutzung. Eine Vision, die ein völlig neues Denken und Verhalten von allen fordert. Die erweiterte Bandbreite der Ziele knüpft auch an die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte im Bereich Ökologie und Nachhaltigkeit an. Aus den langsamen Fortschritten oder teilweise sogar Rückschritten erwachsen zahlreiche Probleme, mit denen die Weltgemeinschaft zunehmend

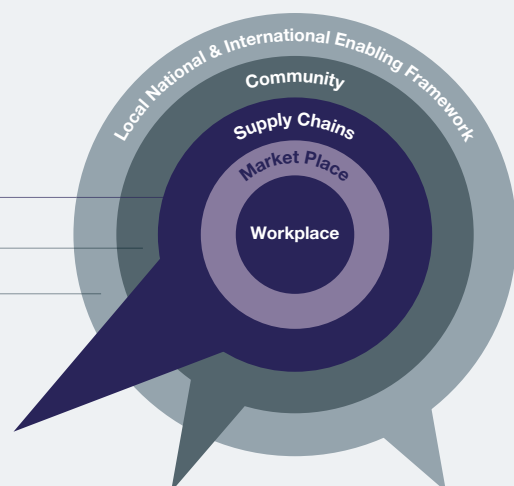
²¹ Weltbank, Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Internationale Entwicklungsorganisation, Internationale Finanz-Corporation, Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur und Internationale Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten.

Ebenen zur Hebung positiver Entwicklungseffekte durch die Wirtschaft

Kerngeschäft. _____

Soziale Investitionen. _____

Politischer Dialog. _____



konfrontiert ist. Das Zielsystem der 2030 Agenda ist universell und gilt gleichermaßen für Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer. Die 17 Entwicklungsziele der Agenda verknüpfen das Prinzip der Nachhaltigkeit mit der ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklung. Während sich die Millenniums-Entwicklungsziele in erster Linie auf die Armutsbekämpfung beschränkten, verfügt die post-2015-Agenda über eine umfassende Entwicklungsstrategie.

Neu bei den SDGs ist auch die prominente Rolle, die der Privatwirtschaft bei der Umsetzung dieser Ziele zugesprochen wird. Waren in den Millenniumszielen von 2000 bis 2015 vor allem die Regierungen als Akteure gefragt, hat sich ein anhaltender Paradigmenwechsel fortgesetzt, der auf eine stärkere Kooperation zwischen den Sektoren hinausläuft. Unternehmen sollen das Wachstum ankurbeln, neue Technologien und Verfahren entwickeln und partnerschaftlich mit Akteuren aus Politik und Gesellschaft zusammenarbeiten. Auch finanziell wird von den Unternehmen einiges erwartet, die Umsetzung der ambitionierten Ziele wird nicht ohne erhebliche Aufwendung privater Investoren zu schaffen sein.

Diese Entwicklung wird gestützt von der Resolution der Vereinten Nationen zum Rio+20-Prozess für nachhaltige Entwicklung, bei dem bereits die Rolle der Wirtschaft und die Bedeutung nachhaltiger Produktions- und Konsummuster unterstrichen wurde.

Unternehmen können diesen Bedeutungszuwachs bei der Bekämpfung von Armut, Hunger, Umweltverschmutzung und Ungerechtigkeit als Chance sowie als Motor für die eigene Geschäftstätigkeit begreifen. Der weltweite Bedarf an Straßen, Brücken, Flughäfen, Krankenhäusern und Schulen, aber auch an Nahrung, angepassten Konsumgütern und Bildung ist gewaltig. Dazu kommen die Möglichkeiten, deutsche Technologien, beispielsweise im Umwelt- aber auch im Sicherheitsbereich bekannter zu machen und an der Verbesserung von Rahmenbedingungen mitzuhelfen, etwa bei der Bekämpfung von Korruption oder schwerfälligen Verwaltungsstrukturen.

Weiterhin gilt aber auch, dass Unternehmen keine Agenturen für Entwicklungszusammenarbeit sind. Unternehmen entfalten ihre Aktivitäten vor allem dort, wo die Chancen auf Erfolg gut stehen. Es bleibt also eine zentrale Aufgabe der Politik, für gute Rahmenbedingungen zu sorgen. Gute Regierungsführung, eine arbeitsfähige Verwaltung, Sicherheit und eine gewisse Verlässlichkeit am Investitionsstandort sind Grundvoraussetzungen, die vor allem von Staaten und ihren politischen Partnern aus der internationalen Zusammenarbeit aufgebaut werden müssen. Eine zu starke Intervention privater Akteure bei diesen Aufgaben würde verzerrend wirken und könnte zu einem Vertrauensverlust in die Kompetenzen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit führen.

Ziele für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen

Keine Armut  1	Kein Hunger  2	Gesundheit und Wohlergehen  3	Hochwertige Bildung  4	Geschlechter-Gleichstellung  5	Sauberes Wasser und Sanitärversorgung  6
Bezahlbare und saubere Energie  7	Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum  8	Industrie, Innovation und Infrastruktur  9	Weniger Ungleichheiten  10	Nachhaltige Städte und Gemeinden  11	Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster  12
Maßnahmen zum Klimaschutz  13	Leben unter Wasser  14	Leben am Land  15	Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen  16	Partnerschaften zur Erreichung der Ziele  17	

Forderungen

Aktivere Rolle des BMZ bei der Umsetzung der SDGs

Die Umsetzung der SDGs ist zunächst eine politische Aufgabe, die das BMZ aktiv gestalten sollte. Hierfür sind die Voraussetzungen zu schaffen, beispielsweise durch eine Anpassung der FZ mit den Partnerländern vor allem im Bereich Infrastruktur oder neue Instrumente für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft könnte helfen, die SDGs zu operationalisieren.

Entwicklungszusammenarbeit international finanzieren

Die internationale Gemeinschaft hat sich mit den Sustainable Development Goals ambitionierte Ziele für die Entwicklungszusammenarbeit gesteckt. Nur mit einer ausreichenden Finanzierungsgrundlage können die SDGs erreicht werden.

Auf der Konferenz der Vereinten Nationen im Jahr 2002 in Monterrey, Mexiko hat die internationale Gemeinschaft erstmals festgehalten, wie die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit (Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit / Financing for Development) finanziert werden sollen. Der Prozess wurde ins Leben gerufen, um sich auf Programme zur effektiveren Förderung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und nationalen Entwicklungsstrategien zu einigen. Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich dabei verpflichtet ihre öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) bis 2006 auf 0,39 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. 2005 hat sich die Bundesrepublik verpflichtet, einen ODA-Beitrag von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erreichen. 2014 war Deutschland mit 12,5 Milliarden Euro der drittgrößte Geber weltweit. Dies entspricht einer ODA-Quote von 0,42 Prozent.²²

In den nächsten Jahren werden die DAC-Richtlinien (Development Assistance Committee) für die statistische Berichterstattung zur öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit überarbeitet. Dies wird auch abhängig von der ODA-Reform geschehen. Hierbei steht zur Diskussion, inwieweit das Berichtssystem Anreize setzen sollte, öffentliche und private Finanzbeiträge zu mischen. Des Weiteren wird eine neue Messgröße für die Öffentliche Gesamtleistung zur Förderung Nachhaltiger Entwicklung (Total Official Support for Sustainable Development – TOSSD) erarbeitet. Sie soll die ODA-Berichterstattung ergänzen, indem sie alle öffentlichen Ressourcenströme erfasst, die an Entwicklungsländer und multilaterale Organisationen gehen und nachhaltige Entwicklung fördern. Damit könnten Beiträge zu jenen Aspekten der SDG-Agenda einbezogen werden, die sich nur bedingt als ODA anrechnen lassen. Zu den erklärten Zielen des TOSSD-Konzepts zählt die bessere Erfassung öffentlicher Unterstützung des Privatsektors bei Entwicklung und der durch öffentliche Ausgaben mobilisierten privaten Gelder.

Der Aspekt der ODA-Modernisierung wurde auch auf der dritten Finanzierungskonferenz der Vereinten Nationen in Addis Abeba angesprochen, mit der im Juli 2015 die Grundlage für die Entwicklungsfinanzierung der nächsten Dekade geschaffen wurde. Die verabschiedete Aktionsagenda (Addis Abeba Action Agenda) ist in vielen Bereichen eine Weiterentwicklung der internationalen Entwicklungsfinanzierungsarchitektur. Der Aktionsplan bildet den globalen Rahmen für die zukünftige Finanzierung der SDGs. Der Finanzierungsbedarf ist durch die Inklusion von ökologischen, neben sozialen und politischen Zielen, stark angestiegen. Die Ziele können nicht nur mit den klassischen ODA-Mitteln erreicht werden. Daher ist auch der Privatsektor essenziell, um nachhaltige Entwicklungserfolge durch Beiträge zum Wachstum und zur Beschäftigung zu erzielen. Im Fokus stehen nicht nur die öffentlichen Mittel der Entwicklungszusammenarbeit, sondern auch die Eigenleistungen der Schwellen- und Entwicklungsländer – wie zum Beispiel eine Implementierung von Steuergesetzgebungen und Anti-Korruptionsmaßnahmen.

²² Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. *Deutsche ODA-Leistungen*. https://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/oda/leistungen/index.html

**Finanzierungsquellen der
Entwicklungszusammenarbeit, Monterrey, 2002**

- In den Entwicklungsländern sollen mehr inländische Mittel mobilisiert werden.
- ADI sollen die Wirtschaft in den Entwicklungsländern stärken.
- Der internationale Handel soll als Motor für Entwicklung gefördert werden. Die Industrieländer sollen dazu ihre Märkte für Produkte aus den Entwicklungsländern öffnen.
- Die internationale Gemeinschaft soll ihre Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit erhöhen.
- Hochverschuldeten Entwicklungsländern soll im Rahmen der HIPC-Initiative ein Teil der Schulden erlassen und eine entwicklungsverträgliche Schuldenfinanzierung angeboten werden.
- Die Interessen von Entwicklungsländern sollen bei der Reform der internationalen Handels- und Finanzarchitektur stärker berücksichtigt werden.
- Die internationale Entwicklungszusammenarbeit soll noch besser aufeinander und mit den Strategien der Entwicklungsländer abgestimmt werden.²³

Forderungen**Beitrag des Privatsektors zur Finanzierung
deutlich abbilden**

Private Gelder sollen zunehmend für Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit mobilisiert werden. Um hierfür Anreize zu schaffen, muss bei der aktuellen Überarbeitung der DAC-Richtlinien für die statistische Berichterstattung zur öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) darauf geachtet werden, dass diese Beiträge deutlich sichtbar sind.

**Weltbank und regionale Entwicklungsbanken
nutzen**

Die Weltbank und regionale Entwicklungsbanken nehmen in vielen Entwicklungsländern weiterhin eine wichtige Rolle in der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur ein und sorgen für die Einhaltung international anerkannter Ausschreibungsstandards. Die Weltbankengruppe trägt als weltweit größter Finanzier von Entwicklungsvorhaben und durch die Bereitstellung von Fachwissen zum Erreichen der internationalen Entwicklungsziele bei. Von der Weltbank finanzierte Projekte folgen klaren entwicklungspolitischen Vorgaben und unterstützen nachhaltige Entwicklung.

2016 wurden über die Weltbank 64 Milliarden US-Dollar an Krediten, Garantien und Zuschüssen für Entwicklung investiert. Schwerpunkte waren Investitionen in den Bereichen Energie und Umwelt, Förderung des Privatsektors, Bildung und Stadtentwicklung sowie Stärkung von Regierungsführung und nationalen Institutionen.²⁴ Als viertgrößter Anteilseigner der Weltbank und als einer der größten bilateralen Entwicklungsakteure ist Deutschland ein wichtiger Partner.

Für die deutsche Industrie ist insbesondere das Beschaffungswesen der Weltbank von Bedeutung. Die Weltbank vergibt jährlich Mittel in Höhe von etwa 40 Milliarden US-Dollar an Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern. Bis zu 100.000 Verträge mit der Privatwirtschaft werden pro Jahr abgeschlossen.²⁵ Mit ihren Produkten und ihrer Expertise haben deutsche Unternehmen gute Chancen, erfolgreich bei der Weltbank und anderen regionalen Entwicklungsbanken mitzubieten. Deutsche Unternehmen waren bei der Erlangung von Aufträgen über die letzten Jahre mit einem jährlichen Auftragsvolumen von mehr als 200 Millionen US-Dollar zwar erfolgreich, gehören allerdings nicht zu den TOP 10 der Länder mit den meisten Aufträgen.²⁶ Zudem ist für

²³ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Monterrey-Konsensus. <http://www.bmz.de/de/service/glossar/M/monterrey-konsensus.html>

²⁴ World Bank Group. Jahresbericht der Deutschen Exekutivdirektorin bei der Weltbankgruppe Geschäftsjahr 2016. 2016. S. 25. <http://pubdocs.worldbank.org/en/799591475680941750/EDS-Annual-Report-German-2016.pdf>

²⁵ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Geschäftsmöglichkeiten mit internationalen Organisationen. 2017. <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Aussenwirtschaft/Aussenwirtschaftsfoerderung/geschaeftsmoeglichkeiten-mit-internationalen-organisationen.html>

²⁶ World Bank Group. Jahresbericht der Deutschen Exekutivdirektorin bei der Weltbankgruppe Geschäftsjahr 2015. 2015. S. 31. <http://pubdocs.worldbank.org/pubdocs/publicdoc/2015/10/911901444056430420/pdf/EDS05-Annual-Report-German-2015.pdf>

mittelständische Unternehmen das Geschäft mit der Weltbank häufig zu kompliziert. Im Verhältnis zu der Kapitalstockbesteuerung und den damit einhergehenden Stimmrechten ist Deutschland im Mitarbeiterstab der Weltbank unterrepräsentiert.

Die Weltbank hat durch Review-Prozesse einen hohen Standard ihrer Richtlinien, insbesondere in den Bereichen Vergabepolitik, Umwelt- und Sozialbelange sowie Korruptionsprävention geschaffen. Diese Standards sollten als Best Practice Beispiele für andere Entwicklungsbanken gelten. Die Weltbank hat im Juli 2015 die umfassende Überarbeitung der Vergaberichtlinien²⁷ (Procurement Review) abgeschlossen. Das Ziel „Value for Money“ soll künftig zur Leitvision des Beschaffungswesens erhoben werden. Damit würde nicht mehr, wie bislang üblich, das preisgünstigste Angebot den Zuschlag erhalten, sondern dasjenige, welches über den Projektlebenszyklus das beste Preis-Leistungs-Verhältnis bietet. Der Reformprozess hat mit der Verabschiedung eines Reformpakets durch das Exekutivdirektorium der Weltbank eine wichtige Zäsur erfahren. Die Umsetzung der neuen Leitlinien ist indes ein langfristiger Prozess, der sich noch über viele weitere Jahre erstrecken wird.

Forderungen

Grundprinzipien der Weltbank verankern

Auf Ebene der regionalen Entwicklungsbanken sollte die Bundesregierung darauf bestehen, die Grundprinzipien der Weltbank geltend zu machen.

Deutsche Wirtschaft an internationale Entwicklungsbanken heranführen

Die deutsche Expertise sollte bei den Entwicklungsbanken stärker eingebunden werden. Für Unternehmen und insbesondere KMU sollten verstärkt praktische Hilfestellungen im Umgang mit der Weltbank und anderen Entwicklungsbanken bereitstehen. Die deutsche Politik sollte daran arbeiten, den Bekanntheitsgrad der regionalen Entwicklungsbanken zu erhöhen. Dies könnte durch eine Beratung durch die EZ-Scouts und ExperTS (EZ-Scouts im Ausland) geschehen.

Handelsliberalisierung fördern

Zahlreiche Studien belegen, dass steigender Handel mit einem höheren Wirtschaftswachstum korreliert.²⁸ Indem sie einerseits ihre Märkte stärker für ausländische Waren und Dienstleistungen sowie Investoren öffnen, andererseits selbst mehr exportieren und im Ausland investieren, können Entwicklungsländer ihre Produktivität steigern und ihre Wirtschaft modernisieren. Exporte (Waren und Dienstleistungen) aus Entwicklungsländern erreichen bereits einen Weltanteil von mehr als 25 Prozent. Jedoch wird das wachstumsfördernde Potenzial des Freihandels durch hohe Marktzugangsbarrieren in und für Entwicklungsländer noch stark gehemmt.

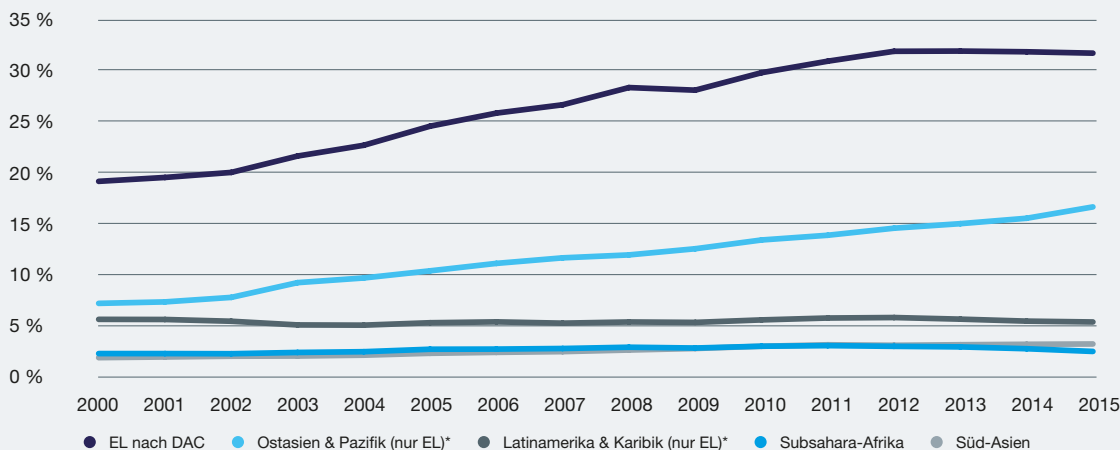
Marktzugang in Entwicklungsländern

Um von Exportmöglichkeiten sowie Produktivitätsgewinnen des Freihandels zu profitieren, ist eine Liberalisierung der eigenen Märkte unverzichtbar. Erstens führt Liberalisierung zu mehr Wettbewerb, der zu Innovation und – wenn von Strukturreformen begleitet – einer effizienteren Verteilung von Produktionsfaktoren beiträgt. Zweitens ermöglicht die Liberalisierung Verbrauchern und Unternehmen Qualitätsprodukte günstiger zu beziehen. Dadurch können Kaufkraft, Produktivität und vor allem die Integration in globale Wertschöpfungsketten steigen. Entwicklungsländer können dementsprechend durch den Abbau von Importbarrieren auch ihre Exporte steigern, da günstigere Importe produktiver weiterverarbeitet werden. Kostengünstige Importe sind neben einem verbesserten Marktzugang für Investoren und Investitionsschutz grundlegend für ausländische Direktinvestitionen. ADI bringen Arbeitsplätze und Kapital sowie den für Entwicklungsländer eminent wichtigen Technologie- und Wissenstransfer.

²⁷ Die Beschaffungsrichtlinien bilden das Regelwerk für die Vergabe öffentlicher Aufträge für Güter und Dienstleistungen in von der Weltbank finanzierten Projekten.

²⁸ Die Korrelation fällt größer aus, wenn Handelswachstum von Strukturreformen begleitet wird: Europäische Kommission. *Trade as a Driver of Development*. 2012. S. 9. http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/january/tradoc_148993.pdf

Anteil am Weltexport (Waren und Dienstleistungen)



Zahlen für Welthandel inklusive intra-EU Handel; *Weltbank-Klassifikation

DAC: Development Assistance Committee der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Quelle: World Bank, World Development Indicators, <http://databank.worldbank.org/data/home.aspx> (eingesehen am 25.11.2015).

Handelsprotektionismus in Entwicklungsländern

In den letzten 15 Jahren haben Entwicklungsländer ihre tarifären Importbarrieren unilateral, durch den Beitritt in die Welthandelsorganisation (WTO), sowie durch Freihandelsabkommen (Free Trade Agreements, FTAs) deutlich verringert. Etwa zwei Drittel der weltweit bestehenden FTAs wurden zwischen Entwicklungsländern abgeschlossen.²⁹ Dennoch verbleiben Zölle dort auf einem deutlich höheren Niveau als in Industrieländern. Die allgemeine Tendenz zeigt, dass die Zölle umso höher sind, desto ärmer das Land ist.³⁰ Zum Teil erklärt sich das daraus, dass Zölle und Handelssteuern gerade für arme Entwicklungsländer eine wichtige Einnahmequelle darstellen. In Subsahara-Afrika machten sie 2011 25 Prozent der gesamten Staatseinkünfte aus.³¹ Auch die zunehmend hohe Differenz zwischen rechtlich gebundenen und de facto angewandten Zöllen (binding overhang) vieler Entwicklungsländer ist problematisch, da sie zu hoher Fluktuation bei angewandten Zöllen führt. Die daraus resultierende Planungsunsicherheit verhindert Investitionen sowie die Aufnahme von Handelsbeziehungen.

²⁹ C. Michalopoulos & F. NG. *Developing Country Trade Policies and Market Access Issues*. 2013. S. 3 & 34.

³⁰ Ibid. S. 8.

³¹ UNCTAD. *The Role of Trade in Financing for Sustainable Development*. 2014. S. 2. <http://www.un.org/esa/ffd/wp-content/uploads/2014/12/10Dec14-UNCTAD-input.pdf>

Globale Allianz für Handelserleichterung

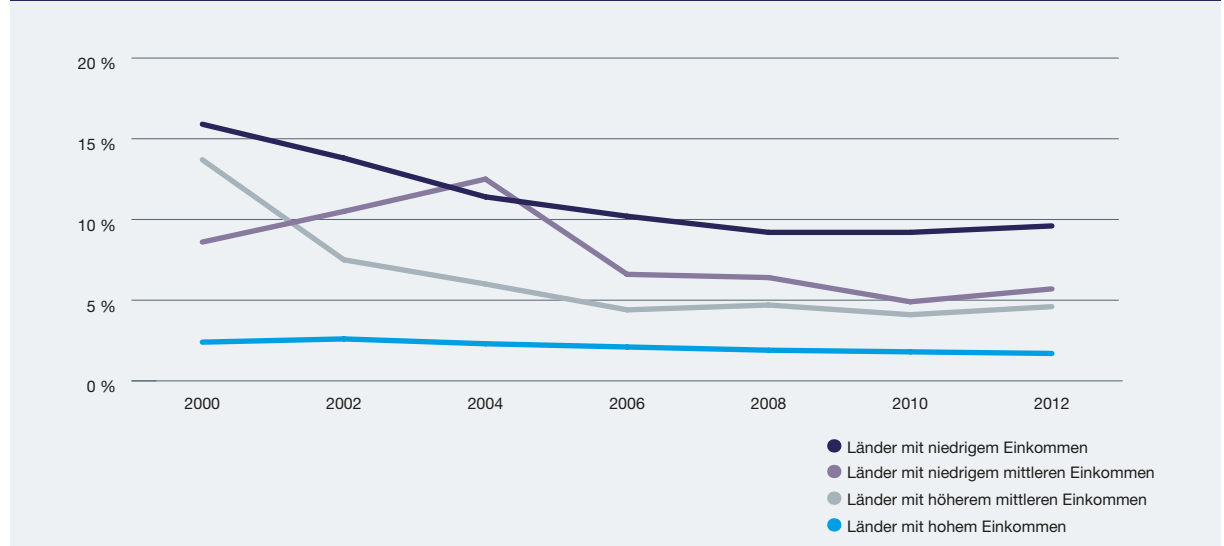
International agierende Unternehmen haben sich mit den USA, Deutschland und anderen Staaten in einer strategischen Allianz zusammengeschlossen, um den Entwicklungsländern zu helfen, das Trade Facilitation Agreement (TFA) vollständig umzusetzen. In Public-Private-Partnerships werden konkrete Projekte zur Handelserleichterung in Entwicklungsländern betrieben, durch die lokale Unternehmen und Institutionen finanziell unterstützt werden und Expertise gewinnen. Auch der BDI beteiligt sich an der Allianz.

Marktzugang für Entwicklungsländer

Damit sich Länder nachhaltig entwickeln können, ist auch der Zugang zu Absatzmärkten für Waren und Dienstleistungen notwendig. Durch höhere Produktion für Exportmärkte steigen Beschäftigung, Skaleneffekte sowie Wettbewerbsfähigkeit.

In der WTO gilt für Entwicklungsländer gemäß der Meistbegünstigungsklausel (MFN) der gleiche Marktzugang wie für Industrieländer. Jedoch steht es dank Ausnahmeregelungen (waiver) WTO-Mitgliedern offen, weniger entwickelten Ländern präferenziellen Marktzugang für Waren und Dienstleistungen zu gewähren.

Gewichtete angewandte Zölle



Quelle: World Bank, World Development Indicators: Tariff barriers, <http://wdi.worldbank.org/table/6.6> (eingesehen am 24.04.2017)



Die EU macht von diesen Möglichkeiten umfassend Gebrauch und ist der offenste Markt für Entwicklungsländer sowie deren größter Absatzmarkt.³²

Die am wenigsten entwickelten Länder exportieren oftmals Produkte, auf die global besonders hohe Zölle angewandt werden – zum Beispiel Textilien sowie Agrarprodukte.³³ Ebenso werden die Vorteile präferenzzieller Zollregime und FTAs oft durch komplexe und abweichende Ursprungsregeln eingeschränkt.³⁴ Die WTO-Mitglieder konnten sich 2015 in Nairobi auf gemeinsame Richtlinien einigen, die LDCs (Least Developed Countries) global einheitlichere und einfachere Ursprungsregeln zusichern sollen.³⁵ Die größten Importbarrieren in Industrieländern

sind inzwischen nicht-tarifäre Handelsbeschränkungen.³⁶ Hier bedarf es bi- oder multilateraler Regelungen mit Entwicklungsländern, um technische Rechtsvorschriften sowie sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen in Entwicklungsländern auf ein angemessenes Niveau anzuheben und gegenseitige Anerkennung zu fördern.

Forderungen

Handelsbarrieren beseitigen

Angesichts des enormen Potenzials der Handelserleichterung sollte das TFA vollständig und so schnell wie möglich umgesetzt werden. Die Europäische Union sollte bei der WTO ambitionierte Verpflichtungen zu Exportrestriktionen, ADI, Wettbewerb und Beschaffungswesen anstreben.

Marktzugänge für Entwicklungs- und Schwellenländer ausbauen

Hierzu bedarf es Flexibilität in FTAs mit ärmeren Entwicklungsländern. Die Verhandlungen über Marktzugangserleichterungen für Waren und Dienstleistungen sollten zügig und ambitioniert abgeschlossen werden.

³² Europäische Kommission. *Improving EU support to developing countries in mobilising Financing for Development*. 9. Juli 2015. S. 5. http://www.preventionweb.net/files/27767_communicationonimproveusupporttodev.pdf

³³ Ibid.

³⁴ Europäisches Parlament. *Cross-Cutting Effects of the EU's Preferential Trade Agreements (PTAs) on Developing Economies*. S. 6, 11 ff., 21 ff. 15. Juni 2015. [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/549047/EXPO_STU\(2015\)549047_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/549047/EXPO_STU(2015)549047_EN.pdf)

³⁵ WTO. *Preferential Rules of Origin for Least Developed Countries*. 19. Dezember 2015. https://www.wto.org/english/thewto_e/minist_e/mc10_e/l917_e.htm

³⁶ UNCTAD. *Non-Tariff Measures to Trade: Economic and Policy Issues for Developing Countries*. 2013. S. 13 f. http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/ditctab20121_en.pdf

Exkurs:**Internationale Klimapolitik**

Mit dem zu erwartenden Bevölkerungswachstum wird in den nächsten Jahren auch der Energiebedarf drastisch ansteigen. Vor allem in den Schwellen- und Entwicklungsländern wird der Ausstoß von Treibhausgasen zunehmen. Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel werden damit im 21. Jahrhundert zu einem zentralen Baustein für die Weltpolitik und unseren Wohlstand.

Technologie- und Finanzkooperationen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sind ein entscheidender Schlüssel für eine internationale Antwort auf den Klimawandel. Die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel ist hierfür ein zentrales Element; die Ansichten über das, was als ausreichend angesehen werden kann, gehen weit auseinander. Fest steht: Es sind weltweit immense Investitionen in innovative Anlagen und Produkte notwendig, damit energieeffiziente und CO₂-arme Technologien erfolgreich ihren Teil zum Schutz des Klimas beitragen können.

In Schwellenländern, in denen jetzt Infrastrukturen und Wertschöpfungsketten auf- und ausgebaut werden, ist es wichtig, die kohlenstoffarme Entwicklung voranzutreiben. Besonders „Lock in“-Effekte in der Energieinfrastruktur, die später nur noch mit sehr hohen Kosten korrigiert werden können, sollten vermieden werden. Hier kann die Hochtechnologienation Deutschland einen wesentlichen Beitrag leisten.

Gemeinsame globale Herausforderungen

Die globale Klimapolitik gleicht bisher einem großen Flickenteppich. Zahlreiche unterschiedliche Handlungsansätze existieren parallel, genauso wie nationale Vorschriften und internationale Vereinbarungen. Die Inkonsistenz von Vorschriften und der Mangel eines gemeinsamen globalen Kohlenstoffmarktes erzeugen Phänomene wie „carbon leakage“. Hierbei wandern Firmen oder ganze Branchen in Länder mit geringen oder keinen Klimaschutzauflagen ab. Solche unerwünschten Folgewirkungen von Klimapolitik gilt es durch vorausschauende Maßnahmen zu verhindern, sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene.

Nationale und regionale Herausforderungen

Um klimapolitische Maßnahmen nachhaltig zu etablieren, müssen die landesspezifischen Rahmenbedingungen Beachtung finden. Gerade in Schwellen- und Entwicklungsländern wird Klimapolitik nur dann langfristig erfolgreich sein, wenn zugleich die jeweiligen ökonomischen, sozialpolitischen und entwicklungspolitischen Fragestellungen mitadressiert werden. Die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI) des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) finanziert seit 2008 Klima- und Biodiversitätsprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern sowie in Transformationsstaaten.

In großen Schwellenländern wie China, Südafrika oder Brasilien fehlt es grundsätzlich nicht an dem Bewusstsein für die Tatsache, dass der Klimawandel und seine Folgen nur noch mit einer gemeinsamen Anstrengung aller großen emittierenden Volkswirtschaften abgeschwächt

und aufgehalten werden kann. Für viele dieser Länder haben allerdings die Armutsbekämpfung und die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung im eigenen Land Priorität.

Für die Bekämpfung des Klimawandels ist es entscheidend, dass Investitionen in neue Technologien, Anlagen und Produkte dort getätigt werden, wo maximaler Klimaschutz erzielt werden kann. In einigen Regionen und Ländern hindern direkte und indirekte Barrieren Investitionen an ihrer vollen Entfaltung. Hierunter fallen protektionistische Maßnahmen der nationalen Regierungen, regionaler Fachkräftemangel, unzureichende Gesetzgebung zum Recht am geistigen Eigentum, mangelhafte Infrastruktur vor Ort oder beschränkte Absatzmärkte in der Region. Diese fehlenden Grundvoraussetzungen an einigen Produktionsstätten in Schwellen- und Entwicklungsländern halten Investoren von einem weiterführenden Engagement ab. Unternehmen werden nur in solchen Regionen und Branchen innovieren und investieren, wo die notwendigen Governance-Strukturen gegeben sind. Speziell Investitionen und die Förderung von neuen Innovationszentren und Technologietransfer können durch eine nicht ausreichende Gesetzgebung zum Recht am geistigen Eigentum paralysiert werden. Hier müssen politische Lösungen gefunden werden, damit Investoren nicht abgeschreckt, sondern neue Märkte geschaffen werden.

Finanzielle globale Herausforderungen

Zusätzlich zu der bereits bestehenden erfolgreichen Finanzierung und Förderung von klimarelevanten Projekten durch „*green funds*“ sollen für privatwirtschaftliche und institutionelle Investoren (Pensionskassen, Banken, Versicherungen) weitere Anreize gesetzt werden, um Volumen und Qualität von Investitionen zu steigern. Außerdem muss untersucht und festgelegt werden, welche Finanzierungsinstrumente und Institutionen geeignet sind, um in Entwicklungs- und Schwellenländern Klimaschutzmaßnahmen erfolgreich zu fördern.

Um die Folgewirkungen von Klimaschutz besser abfedern zu können, gibt es viele Initiativen und Ansätze, wie beispielsweise die African Renewable Energy Initiative (AREI), die im Rahmen der 21. Klimaschutzkonferenz 2015 bekanntgegeben wurde. Afrikas Regierungen haben damit ihrem Bekenntnis zur Elektrifizierung des Kontinents politische Taten folgen lassen. Die deutsche Industrie verfügt über eine führende Rolle bei Technologien zur effizienten Nutzung und Erzeugung von Energie. Damit grüne Technologien „*Made in Germany*“ zum Exportschlager werden können, werden eine gemeinsame internationale Koordination und ein globaler Kohlenstoffmarkt benötigt.

Impressum

Herausgeber

Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)
Breite Straße 29
10178 Berlin
T: +49 30 2028-0
www.bdi.eu

Redaktion

Matthias Wachter, Abteilungsleiter
Abteilung Sicherheit und Rohstoffe

Jennifer Howe, Referentin
Abteilung Sicherheit und Rohstoffe

Carolin Welzel, EZ-Scout
Abteilung Sicherheit und Rohstoffe

Julia Callies, Referentin
Abteilung Sicherheit und Rohstoffe

Konzeption & Umsetzung

Sarah Pöhlmann
Abteilung Marketing, Online und Veranstaltungen

Layout

Michel Arencibia
www.man-design.net

Druck

Das Druckteam Berlin
www.druckteam-berlin.de

Verlag

Industrie-Förderung GmbH, Berlin

Stand

Juni 2017
BDI-Publikations-Nr. 045





BDI

Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.



Grundsatzpapier Entwicklungspolitik

Entwicklungspolitik 4.0 – Plädoyer
für einen Paradigmenwechsel in der
Zusammenarbeit von Staat und Industrie

